

Tierrechte, Multikulturalismus und die politische Linke

Friederike Schmitz, frieschmitz.blogspot.de, 22.4.2014

Die TierrechtsphilosophInnen [Will Kymlicka](#) und [Sue Donaldson](#) versuchen die Frage zu beantworten, warum das Thema Tierrechte und Tierbefreiung eine so geringe Rolle innerhalb der politischen Linken in Nordamerika spielt. Ihre Überlegungen sind zwar nicht eins zu eins übertragbar auf den deutschsprachigen Raum, aber mit Sicherheit auch für die hiesige Bewegung interessant und bedenkenswert. Deshalb gebe ich hier eine Darstellung wesentlicher Thesen aus dem von Kymlicka gehaltenen [Vortrag](#) bzw. dem von Kymlicka und Donaldson zusammen verfassten [Paper](#).¹



Tierrechte müssten eigentlich ein paradigmatisch linkes Thema sein, meinen K&D. Ganz analog zu anderen sozialen Bewegungen wie der Frauenbewegung, dem Gay Rights Movement oder der antirassistischen Bewegung ginge es der Tierrechtsbewegung darum, einer bislang unterdrückten Gruppe zur Gleichberechtigung zu verhelfen. Gleichwohl sei das Thema Tiere innerhalb der politischen Linken nahezu unsichtbar. Woran liegt das? K&D diskutieren verschiedene Gründe, aus denen Linke geneigt sein könnten, Tierrechte nicht in ihre Agenda aufzunehmen oder sogar politisch zu bekämpfen. Während sie mehrere Gründe als gänzlich unüberzeugend zurückweisen, halten sie andere für ernstzunehmend und diskussionswürdig: Es gebe eine berechtigte Sorge, dass manche

Kampagnen zugunsten von Tieren bestimmten marginalisierten und unterdrückten Menschengruppen schaden, indem sie rassistische Vorurteile verstärken und einen weißen Mittelklasse-Standpunkt privilegieren. Die Tierrechtsbewegung solle dieser Gefahr gegenüber sensibel sein und sich entsprechend politisch verhalten. Allerdings sei diese Problematik letztlich – entgegen der Befürchtungen vieler Linken – ein Grund **für** die Annahme einer Tierrechtskonzeption im Unterschied zu einer bloßen Tierschutzkonzeption, wie sie zur Zeit in der Gesellschaft vorherrschend sei. Das gängige Tierschutzparadigma sei nämlich nicht nur katastrophal für Tiere, sondern auch schädlich für gesellschaftlich benachteiligte Menschen, insofern es erlaube, die Praktiken von Minderheiten als besonders grausam oder „barbarisch“ zu brandmarken, einfach weil sie nicht der gesellschaftlich akzeptierten Normalität der Tierausbeutung entsprächen.

Geschichte

K&D meinen, dass sich die Motivation für eine Ablehnung von Tierrechten innerhalb der Linken im Laufe der Geschichte geändert habe. So habe Marx ähnlich wie andere Philosophen seiner Zeit eine Überlegenheit von Menschen über Tiere in spezifisch menschlichen Fähigkeiten wie der Fähigkeit zur vernünftigen und planvollen Gestaltung der eigenen Umwelt gesehen. Allerdings habe sich im Zuge der Entwicklung der feministischen, der postkolonialen und der Disability-Bewegung innerhalb der

¹ Dank an [Tom](#) für Kommentare zum Text

Linken die Vorstellung vom Wert bestimmter Fähigkeiten und vom menschlichen Wohl gewandelt: Nun sei eine Konzeption von Menschen als bewusste, fühlende, kommunikative Subjekte vorherrschend, die in komplexen Beziehungen und Abhängigkeiten zu anderen Subjekten stehen und als solche geachtet werden müssen. Diese Konzeption sei aber prädestiniert dazu, auch Tiere in den Kreis der moralisch relevanten Subjekte aufzunehmen.

K&D überlegen, warum das trotzdem so wenig geschieht. Eine wichtige Rolle spielten sicher Faktoren, die auch in der Gesellschaft insgesamt dafür verantwortlich sind, dass Tiere nicht stärker berücksichtigt werden: Dass es bedeutende Einschnitte in das persönliche Leben bedeutet, wenn man es tut (Veganismus), und dass unsere kulturelle und religiöse Tradition eine niedrige Stellung von Tieren vorsieht. K&D meinen nun aber, neben diesen Standardgründen gebe es auch spezifisch linke Motive, die Interessen von Tieren nicht ernst zu nehmen: Es bestehe die Befürchtung, dass ein Einsatz für Tierrechte die sozialen Kämpfe von benachteiligten Menschengruppen behindern könne. Diese Befürchtung wird im Folgenden von K&D analysiert.

Nicht überzeugende Gründe

Zunächst diskutieren K&D zwei Gründe, die von dem Soziologen Arluke vorgeschlagen worden sind.² Der wollte erklären, warum die Einführung von Forschungsbereichen der Animal Studies auf so großen Widerstand in wissenschaftlichen Instituten stieß – größeren und anderen Widerstand als die Einführung von Bereichen wie Gender, Race oder Disability Studies.

Die erste vorgeschlagene Erklärung ist eine Angst vor *Verdrängung*: Die Befürchtung, dass ein Einsatz für Tiere Energie und Ressourcen der Linken binden könnte, die dann an anderen Stellen fehlten. K&D weisen allerdings darauf hin, dass ein solches Argumentmodell innerhalb der Linken generell eigentlich nicht mehr akzeptiert werde – im Gegenteil, man gehe mittlerweile davon aus, dass verschiedene Unterdrückungsformen miteinander zusammenhängen und miteinander wechselwirkten (Stichwort Intersektionalität) und dass man im Kampf gegen die eine nie die anderen vernachlässigen dürfe. Die Angst vor Verdrängung sei also nicht gerechtfertigt.

Die zweite Erklärung verweist auf eine Angst vor *Trivialisierung*: Wenn wir Tierrechte in den Forderungskatalog der Linken aufnehmen, würde damit das gesamte Anliegen untergraben und der Wert der Gerechtigkeit insgesamt würde sinken, lautet die Befürchtung. K&D unterscheiden hier zwei Versionen: Wer diese Befürchtung hege, glaube entweder selbst, dass Gerechtigkeit für Tiere weniger wichtig sei als Gerechtigkeit für Menschen. Damit würde man aber bloß die verbreitete Missachtung der Tiere wiederholen, anstatt sie zu begründen.

In der zweiten Version der Befürchtung wird stattdessen eine solche Annahme über eine objektive Hierarchie zwischen Menschen und Tieren nicht gemacht. Stattdessen geht es um eine empirische Vorhersage: Größere Unterstützung für Tierrechte würde in der breiten Masse zu einer Verringerung des Respekts für die Menschenrechte führen – und damit den Menschengruppen schaden, die insgesamt am verletzlichsten seien, den benachteiligten und marginalisierten Menschen. Eine scharfe Abgrenzung der Menschen gegenüber den Tieren ist diesem Bild zufolge ein entscheidendes Mittel in der Verteidigung der Menschenrechte von benachteiligten Gruppen. Da es sich dabei um

² Arluke, Arnold (2002): "A Sociology of Sociological Animal Studies", *Society and Animals* 10/4: 369-74. Im Originalpaper von K&D finden sich zahlreiche weitere Literaturverweise; hier werden nur die Texte angeführt, auf die ich selbst verweise.

eine empirische These handelt, lohnt sich K&D zufolge ein Blick auf die Forschung, die sie bestätigen oder widerlegen könnte – von VertreterInnen dieser Befürchtung aber selten herangezogen wird. Und siehe da: Empirisch spricht offenbar alles dafür, dass die These schlicht falsch ist. So zeigen Studien, dass Menschen, die eine besonders scharfe Grenze zwischen Menschen und Tiere ziehen, auch dazu neigen, bestimmte Menschengruppen geringer zu schätzen als andere. Umgekehrt vertreten Menschen, die Tiere als empfindende Subjekte ernst nehmen, im Schnitt eher eine Gleichheit aller Menschen.³ Auch damit lasse sich also eine Ignoranz gegenüber dem Thema Tierrechte nicht überzeugend rechtfertigen, folgern K&D. Im Anschluss schreiben sie:

„Wenn Verdrängung und Trivialisierung die einzigen Gründe für die Gleichgültigkeit wären, mit der die politische Linke der menschlichen Gewalt an Tieren gegenübersteht, könnten wir diese Befürchtungen möglicherweise rasch überwinden. Es spielt hier aber noch ein anderer Faktor eine Rolle – das Schreckgespenst des Kulturimperialismus und der rassistisch fundierten Privilegien.“ (S. 5)

Kulturimperialismus und rassistische Vorurteile

Die Befürchtung sei hier, dass ein Einsatz für Tierrechte zur Legitimierung rassistischer Hierarchien beitragen könnte, indem westliche und weiße Kulturen als besonders human und zivilisiert dargestellt und Minderheiten und nicht-westliche Kulturen als „rückständig“ oder „barbarisch“ stigmatisiert würden. K&D weisen gleich darauf hin, dass diese Befürchtung insofern absurd sei, als ja der Westen die Techniken der Ausbeutung von Tieren im industriellen Maßstab erfunden und verbreitet habe. Gleichwohl gebe es in der Tat eine Gefahr, dass Tierthemen rassistische Implikationen bekämen. Herrschende Gruppen hätten schon immer ihre Unterdrückung und Ausbeutung von Minderheiten oder indigenen Völkern durch Verweis auf deren vermeintlich „rückständige“ oder „barbarische“ Umgangsweisen mit Frauen, Kindern oder Tieren zu rechtfertigen gesucht. Ähnliche rassistische Dynamiken seien in gegenwärtigen Debatten im Zusammenhang mit Tieren am Werke. Von allen menschlichen Praktiken, in denen Tieren Leid zugefügt werde, erführen die Praktiken von Minderheiten häufig besondere Aufmerksamkeit. Als Beispiele nennen K&D u.a. das jüdisch-muslimische rituelle Schlachten (Schächten), rituelle Tieropfer, Hundekämpfe bei Afro-AmerikanerInnen und das Essen von Hunden bei koreanischen AmerikanerInnen.

Wenn solche Praktiken hervorgehoben würden, könne das dazu beitragen, etablierte Vorurteile zu reproduzieren: Dass Angehörige der betreffenden Minderheiten nicht wirklich Teil der Gesellschaft seien, dass sie unabänderlich fremd seien, dass sie die Vollmitgliedschaft zur Gemeinschaft nicht verdienten, etc. Privilegierte Gruppen ignorierten gern, inwieweit sie selbst den Missbrauch von Milliarden von Tieren unterstützten, und schimpften stattdessen über Minderheiten oder Menschen anderswo, deren Praktiken vermeintlich besonders grausam seien. Diese Selektivität könne zur Legitimierung existierender Machtverhältnisse beitragen und das Gefühl der Überlegenheit der herrschenden Gruppen bestätigen.

K&D nennen noch einen zweiten Grund, aus dem man den Einsatz für Tiere mit Kulturimperialismus und der Verfestigung weißer Privilegien in Verbindung bringen könnte: Tierrechtsorganisationen vermittelten oft die Ansicht, dass jeder Mensch mit mäßigem Aufwand zu einer veganen

³ Costello, Kimberly and Gordon Hodson (2010): “Exploring the roots of dehumanization: The role of animal-human similarity in promoting immigrant humanization”, *Group Processes and Intergroup Relations* 13/1: 3–22.

Lebensweise wechseln könnte – dabei ignorierten sie die Tatsache, dass eine solche Entscheidung für Angehörige bestimmter Gruppen schwieriger und mit mehr finanziellen und sozialen Kosten verbunden sei als für andere. Auf diese Weise würde eine weiße Mittelschichts-Perspektive eingenommen und die damit einhergehenden Privilegien unhinterfragt affirmiert. Einsatz für Tiere sei daher eine Form von „performing whiteness“ – Ausdruck und unkritische Ausübung des eigenen Weißseins. Innerhalb der politischen Linken in Nordamerika gebe es keine größere Sünde als dies.

Was tun?

K&D haben folgende Dinge zu diesen Problemen zu sagen.

1. Es seien gar nicht die typischen Tierrechtsorganisationen, die Minderheiten-Praktiken als besonders grausam herausstellten. Aus einer Tierrechtssicht mache das ja auch gar nicht viel Sinn, denn das Essen von Hunden sei danach nicht problematischer als das Essen von Schweinen und Töten aus religiösen Gründen nicht problematischer als das Töten zur Herstellung von Nahrungsmitteln. Große Tierrechtsorganisationen – K&D nennen als Beispiele PETA (erstaunlicherweise), Farm Sanctuary und die Animal Liberation Front – würden typischerweise Mehrheitspraktiken adressieren, die großen Industrien angehen und rassistische Diskurse vermeiden.
2. Die Tierthemen würden stattdessen teilweise von rechtslastigen Gruppen und Organisationen instrumentalisiert – als Beispiel nennen K&D eine Kampagne gegen das Schächten von der English Defence League. Diese Gefahr der Instrumentalisierung bestünde immer und man müsse sich dessen bewusst sein und Verantwortung für derlei unbeabsichtigte Wirkungen übernehmen.
3. Diese Gefahr sei nicht spezifisch für die Tierrechtsbewegung, sondern treffe auf andere soziale Bewegungen ebenso zu – so würden auch feministische Forderungen und Gay-Rights-Forderungen bisweilen instrumentalisiert, um Minderheiten zu diskreditieren. Anders als in Bezug auf Tiere würde die politische Linke aber hier nicht mit einer Distanzierung von diesen Forderungen reagieren. Stattdessen sei im Laufe der Zeit eine Vielzahl an Instrumenten entwickelt worden, mit diesem Problem umzugehen: theoretische Distanzierung von kulturessentialistischen Positionen, offensives Vorgehen gegen Instrumentalisierungen durch rechte Gruppen; praktische Einbindung von Angehörigen benachteiligter Gruppen in die jeweiligen Bewegungen und Diskurse; Selbstreflexion der relevanten Privilegien, etc. Es gebe keinen guten Grund, dieselben Instrumente nicht auch für die Tierrechtsbewegung zu nutzen.

„Auf diese und andere Weisen versuchen progressive Kräfte innerhalb der politischen Linken das emanzipatorische Ziel der Geschlechtergerechtigkeit gegen die Risiken der Instrumentalisierung und des Kulturimperialismus zu verteidigen – kurz, sie versuchen, einen postkolonialen und multikulturellen Feminismus zu schaffen. Es ist im Prinzip vorstellbar, dass die Linke sich in ähnlicher Weise den Kampf für eine postkoloniale und multikulturelle Tierrechtsagenda zu eigen macht. Einige AutorInnen haben bereits Mittel und Werkzeuge für so einen Kampf vorgeschlagen – mit Rückgriff auf Lektionen aus dem postkolonialen Feminismus haben sie untersucht, wie sich die Kämpfe gegen die Unterdrückung von Menschen und Tieren miteinander verknüpfen lassen. Es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass diese

Strategien in Bezug auf Tierrechte ebenso erfolgreich sein können wie in Bezug auf Menschenrechte.“ (S. 12)

4. Dass die politische Linke bislang stattdessen Tierrechte vernachlässigt, könne also wiederum nur durch eine vorgängige Gleichgültigkeit gegenüber dem Thema erklärt werden. Das sei allerdings nicht nur theoretisch willkürlich, sondern sogar kontraproduktiv für ihre eigenen Ziele, so K&D. Denn der vorherrschende begriffliche Rahmen des Tierschutzdiskurses von „Grausamkeit“, „Quälerei“ und „unnötigem Leiden“ sei nicht nur katastrophal für Tiere, sondern auch schlecht für Minderheiten. Dieser Diskurs ermögliche – und erzwingen – die kulturell einseitige Mobilisierung von Tierthemen: Als besonders grausam und unnötig erschienen gerade die Praktiken von Minderheiten, einfach weil sie nicht zur normalen, von der Mehrheit getragenen Praxis der Tierausbeutung gehörten. US-Amerikanische Tierschutzgesetze definierten Grausamkeit sogar mit direktem Bezug auf etablierte Praktiken: Wenn ein Eingriff bei Tieren zur generell akzeptierten Praxis in der Nutztierhaltung gehöre, sei er allein aufgrund dessen nicht grausam.

„Jeder Mensch, dem rassistisch und kulturell fundierte Hierarchien nicht egal sind, sollte daran Anstoß nehmen, wie einseitig und verzerrend die gegenwärtigen Tierschutzgesetze und -normen funktionieren. Trotzdem, und das ist bemerkenswert, geht die politische Linke darauf nicht ein. Die Linke macht sich Sorgen, dass sie durch den Einsatz für Tierrechte rassistische Vorurteile bestärken könnte, und sagt darum nichts zur Unterdrückung von Tieren. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Durch ihr Schweigen trägt die Linke zur Aufrechterhaltung eines juristischen und politischen Begriffsrahmens bei, der wesentlich so strukturiert ist, dass er einseitig Minderheiten benachteiligt.“ (S. 14)

K&D schließen ihren Text mit der Forderung nach einer postkolonialen, antirassistischen Tierrechtsagenda unter dem Namen „Multikulturelle Zoopolis“. Eine solche Agenda würde unbequem nicht nur für Mehrheiten, sondern natürlich auch für Minderheiten sein – denn sie würde auch ein Ende der Ausbeutung von Tieren durch Minderheiten fordern. Auch das sei allerdings kein Alleinstellungsmerkmal der Tierrechtsbewegung, da die anderen sozialen Bewegungen ebenfalls nicht relativistisch seien. Stattdessen habe sich die Linke eine transformative Konzeption von Multikulturalismus zu eigen gemacht, der in sozialer Gerechtigkeit, Menschen- und BürgerInnen-Rechten wurzele und darauf ziele, Machthierarchien in Frage zu stellen, die hegemoniale Gruppen privilegieren und Minderheiten stigmatisieren. So gesehen widersprächen sich Multikulturalismus und Tierrechte nicht, sondern ergäben sich ganz natürlich aus derselben tiefen Verpflichtung auf Gerechtigkeit und moralische Verantwortlichkeit.⁴

⁴ Siehe auch Will Kymlicka: *Multikulturalismus und Demokratie*, Hamburg 1999, Sue Donaldson und Will Kymlicka: *Zoopolis*, Berlin 2013, oder für eine Kurzfassung des letzteren Textes Donaldson/Kymlicka: „Von der Polis zur Zoopolis“, in: F. Schmitz (Hg.): *Tierethik*, Berlin 2014.